

2 FINANZ- UND KIRCHENDIREKTION

Programmpunkt Nr. 2.01

Finanz- und Rechnungswesen

Übersicht

Abschluss der Einführung der Client-Server-gestützten Rechnungswesen-Architektur.
Weiterführen und Verbreitern der Verwaltungsreform (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung WoV)

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Verbesserung der Abläufe aus finanzrechtlicher Optik in der Haushaltführung	2.01.02 Abschluss der Einführung der neuen Rechnungswesen-Architektur, Breitereinführung der Betriebsrechnung	Die Einführung der technischen Instrumente konnte praktisch vollständig abgeschlossen werden.
Intensivierung der Anwendung der Leistungsaufträge	2.01.03 Verbesserungen bei der Umsetzung der Leistungsaufträge, u.a. durch ein Informationsprogramm	Die Leistungsaufträge wurden auf eine CD zu Händen des Landrats gepresst. Den LandrätInnen wurden die Leistungsaufträge im Rahmen von speziellen Informationsmodulen in den Fachkommissionen nähergebracht.

Programmpunkt Nr. 2.02

Steuern

Übersicht

Das wichtigste Ziel ist der zeitgerechte Abschluss der ersten einjährigen Veranlagungsperiode (Steuererklärung 2001B). Die Kundenfreundlichkeit wird weiter verbessert und die teilweise neuen Systeme werden optimiert.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Anpassungen an Änderungen im Steuerharmonisierungsgesetz und Weiterführung der Aktualisierung der kantonalen Steuergesetzgebung	2.02.02 Revision des Steuergesetzes bei der Familienbesteuerung und der Besteuerung von Wohneigentum, abhängig von den Aktivitäten auf eidgenössischer Ebene und der kantonalen Umsetzung.	Die Vorlage "Steuergesetzrevision 2002" wurde am 24. November 2002 vom Souverän abgelehnt. Die Vorgaben für die Revision der Familienbesteuerung werden durch den Bundesgesetzgeber erst im Jahr 2003 verabschiedet.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Zeitgerechter Abschluss der ersten einjährigen Veranlagungsperiode (Steuererklärung 2001B)	2.02.07 Frühstmöglicher Beginn mit den Veranlagungsarbeiten	Absolut und im Kantonsvergleich wurde ein sehr guter Veranlagungsstand erreicht: Gemeinden ca. 90%, Kanton (inkl Selbständigerwerbende) 75 bis 80%.
	Auf die Bedürfnisse der ersten Veranlagungsperiode abgestimmte Qualitätskontrolle	Qualitätskontrollen sind in Form von Stichproben durchgeführt worden. Die Ergebnisse werden bei der Veranlagungsausbildung 2003 berücksichtigt.
	Berichtswesen und Controlling mit den Gemeindesteuerämtern abgestimmt	Das Berichtswesen wurde mit dem Forum für Praxis- und EDV-Fragen verbessert.
Ablösung der heutigen EDV-Applikationen «Steuerregister», «Steuerbezug», «Steuerveranlagung»	Laufende Optimierung bei den Teilsystemen "Scanning" und "Automation"	Der Einsatz von Scanning für die Datenvorerfassung hat sich bewährt. Das Veranlagung mit dem Regelwerk ("Automation") muss noch verbessert werden. Entsprechende Massnahmen für die Veranlagungsperiode 2003 sind in Vorbereitung.
	2.02.08 Evaluation einer neuen EDV-Gesamtlösung Steuern Erstellung der Vorlagen und Anträge	Zustimmung des Landrates zur Vorlage "Neue Informationsanwendungen für die kantonale Steuerverwaltung" (LRV 2002/153).
Ausbau der Beratungs- und Dienstleistungsfunktionen	Beginn der Realisierung mit Priorität bei der Ablösung des Steuerbezuges und der Einführung eines gemeinsamen Bezuges von Staats- und Gemeindesteuer	Der Landrat verabschiedete die Vorlage am 11. Dezember 2002. Mit der Umsetzung kann somit im 2003 begonnen werden.
	2.02.04 Verbesserung der telefonischen Auskunftsbereitschaft und Erreichbarkeit durch den Betrieb eines eigenen Call-Centers	Das Call-Center der Steuerverwaltung wurde aufgebaut und funktioniert personell und technisch gut. Die Erreichbarkeit hat sich verbessert, wird aber erst im Jahr 2003 den gewünschten Stand erreichen.
	2.02.10 Weiterführung der Zusammenarbeit mit dem Kt. Aargau im Projekt EasyTax, evtl. Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich Internet und neue Gesamtlösung Steuern	Das EasyTax 2002 wird wiederum gemeinsam mit dem Kt. Aargau erstellt und abgegeben. Eine weitergehende Zusammenarbeit wurde geprüft. Ansatzpunkte für zusätzliche gemeinsame Projekte haben sich jedoch nicht ergeben.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	2.02.11 Weiterer Ausbau der Dienstleistungen über das Internet, v.a. im Bereich der Formulare und der elektronischen Übermittlung. Prüfung der Möglichkeiten für die elektronische Übermittlung der Steuererklärung	Der Internet-Auftritt der Steuerverwaltung wurde auf die einjährige Veranlagungsperiode angepasst und wird periodisch erweitert. Die elektronische Übermittlung der Steuererklärung wird im Projekt nest@net geprüft.

Programmpunkt Nr. 2.03**Gemeinden***Übersicht*

Weitere Verbesserungen und Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Steuerbereich.

Mit den bestehenden ERFA-Gruppen im Bereich Asylwesen soll die Zusammenarbeit und die Beratungstätigkeit mit den betroffenen Stellen ständig ausgebaut werden.

Mit der Änderung der Trägerschaft im neuen Bildungsgesetz wird die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden abgeschlossen und damit die Finanzausstattung unter den Gemeinden stark verändert, so dass der heutige Finanzausgleich unter grösstmöglicher Wahrung der Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden sowie der Gemeinden untereinander anzupassen ist.

Die Kostenentwicklung im Bereich Asylwesen ist zu überwachen und geeignet zu steuern und der Informationsfluss zwischen Bund, Kanton und Gemeinden und zu den Gemeinden und Betroffenen ist sicherzustellen.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Optimierung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden	2.03.01 Prüfung von Alternativen zur heutigen Regelung der Veranlagungsentschädigung Ausbau der Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des gemeinsamen Bezuges von Staats- und Gemeindesteuer (zeitlich, organisatorisch) Weitere Optimierung und gegebenenfalls Anpassungen bei der Aufgabenteilung zwischen kantonaler Steuerverwaltung und Gemeindesteuerämtern aufgrund der Erfahrungen mit der einjährigen Veranlagungsperiode	Mit dem VBGL ist vereinbart, die Veranlagungsentschädigung für das 2003 unverändert zu belassen, und es wurde eine Arbeitsgruppe aus Gemeinde- und Kantonsvertretern gebildet, die im Jahr 2003 eine Lösung für die folgenden Jahre erarbeiten wird. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Gemeindesteuerbezug ist gut. Die Intensivierung der Zusammenarbeit erfolgt sinnvollerweise im Rahmen des Projektes "Census". Die Aufgabenteilung wurde umfassend überprüft. Dabei wurde ein Bedarf für die Behandlung der Einsprachen der Unselbstständigerwerbenden festgestellt. Die entsprechende Optimierung wird vorbereitet und im 2003 mit den Gemeinden besprochen und umgesetzt.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Sicherstellung der Finanzausstattung der Gemeinden	2.03.04 Revision des Finanzausgleichs in Verbindung mit der Änderung der Trägerschaft der Volksschule. Berücksichtigung der bisherigen Auswirkungen der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und unter den Gemeinden	Die Vorlage wurde am 17.09.2002 an den Landrat verabschiedet.
Organisation und Koordination des Asylwesens und Unterstützung der freiwilligen Rückkehr von Personen im Bereich Asylrecht/ Flüchtlinge	2.03.05 Fachgerechte Beratung der Gemeinden und der Betroffenen. Sicherstellen des Informationsflusses zwischen Bund, Kanton und Gemeinden.	Die Erfahrungsgruppen (ERFA) haben sich mit den Schwerpunktthemen "Erste Erfahrungen mit der Betreuung von B-Flüchtlingen" und "Abwicklung der Zuweisungen" befasst. Für die Gemeinden wurden zahlreiche Einzelschulungen angeboten und durchgeführt. Das Handbuch Asyl wurde laufend aktualisiert.
	2.03.06 Überwachung der Kosten und Steuerung der Finanzierung im Kanton und in den Gemeinden.	Durch gezielte Controlling-Massnahmen kann auf sämtliche Veränderungen jederzeit und rechtzeitig reagiert werden. Es wurden Systemprüfungen betreffend Umsetzung und Einhaltung der Gesetze, Verordnungen und Weisungen im Asylbereich durchgeführt.

Programmpunkt Nr. 2.04**Statistik***Übersicht*

Für die geordnete Führung der notwendigen kantonalen und anderen Statistiken werden die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Die Verbesserung der Datengrundlagen in den Gemeinden ist zu fördern.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Geordnete Führung der Statistiken von Kanton und Bundes	2.04.02 Schaffung der notwendigen rechtlichen Grundlagen. <i>Vorlage an den Landrat</i>	Das von einer interkantonalen Arbeitsgruppe erarbeitete Mustergesetz liegt vor und wird jetzt auf kantonsspezifische Verhältnisse angepasst. Die Arbeiten am Statistikgesetz konnten aufgrund der Verzögerungen beim Finanzausgleichsgesetz und der damit verbundenen Mehrarbeiten noch nicht abgeschlossen werden.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Verbesserung der Datengrundlage in den Gemeinden	2.04.03 Förderung der Harmonisierung der Einwohnerregister in den Gemeinden durch die Einführung einheitlicher Standards.	Ein erster Schritt wurde mit der Realisierung einer neuen Bevölkerungsstatistik realisiert.

Programmpunkt Nr. 2.05**Personalwesen***Übersicht*

Schwerpunkt ist die Konsolidierung der Umsetzung der Personalrechtsreform mit Hilfe eines aussagekräftigen Personal-Controllings. Ein unternehmensorientiertes, neu konzipiertes Mitarbeiter/-innengespräch wird bei allen Dienststellen (mit Ausnahme für die Lehrpersonen) sukzessive eingeführt.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Personalrecht Aufbau eines aussagekräftigen Personalcontrollings	2.05.01 Bereitstellen und Nutzen der erforderlichen Kennzahlen Permanente Lohnvergleiche (Benchmark)	Kennzahlen noch nicht in gewünschtem Ausmass vorhanden, da sich die Erfassung der notwendigen Daten bis ins Jahr 2003 zieht.
Lohnwesen Einheitliche Leistungshonorierung	2.05.01 Umsetzung und Kontrolle der Richtlinien (Promotionsystem; ES-Anhaltung und/oder Beschleunigung, Prämien)	Die Umsetzung der Richtlinien ist vollständig in die Wege geleitet worden. Die Kontrolle der Leistungshonorierung 2002 erfolgt im ersten Halbjahr 2003.
Personalentwicklung Konzipierung eines Entwicklungsprogrammes für alle Dienststellen	2.05.06 Zusammenfassung der Aktivitäten in einer Stelle Zentralisierte Administration mit Nutzung eines einheitlichen Systems	Erledigt bis auf Lehrpersonen und Polizei. Die Software wurde erstellt.
Implementierung eines Einheitlichen Mitarbeiter/-innen-gespräches (MAG)	2.05.02 Sukzessive Einführung eines teilrevidierten MAG bei den Anstellungsbehörden Schulung des teilrevidierten MAG Aufbau eines Controlling (vgl. auch Ziffer 1. und 2.)	Die Einführung der MAG erfolgt programmgemäss. Die Schulung ist vollständig durchgeführt worden. Der Aufbau des Controllings ist abgeschlossen.
	2.05.02 Publikation "Leitlinien Personalpolitik"; Verabschiedung durch RR oder FKD	Unter dem Namen des Personalamtes sind die Leitlinien publiziert. Verabschiedung durch FKD oder RR erfolgt in der nächsten Legislaturperiode.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Einheitliches Personalmarketing	2.05.02 Lay-out Inseratgestaltung koordinieren Inhalte der Inserate koordinieren Flächendeckende Anwendung des Austritts- gespräches/Auswertungsblatt	Die Koordination wird im Rahmen von WoV (Teilprojekt "Personalcontrolling") neu konzipiert. Die Einführung ist vollständig erfolgt.
Optimale Abwicklung des dezentralen Personalwesens	2.05.05 Abschluss der Einführung der neuen Software-Familie für Personal- und Lohnwesen; Prüfung der Einführung weiterer Module	Die Software ist eingeführt. Die Prüfung aller weiteren Module hat ergeben, dass derzeit kein zusätzlicher Bedarf besteht.

Programmpunkt Nr. 2.06**Gleichstellung von Frau und Mann***Übersicht*

Die Schwerpunkte in den Bereichen der betrieblichen Chancengleichheit, in der Aus- und Weiterbildung sowie von Familienfreundlichkeit als Standortvorteil werden verstärkt.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Erreichen eines Spitzenplatzes unter den Kantonen bezüglich der Gleichstellung von Frau und Mann	2.06.01 Anhebung des Frauenanteils in allen (inkl. leitenden) Funktionen durch: – Erstellen eines Leitfadens zur Umsetzung von Chancengleichheit als Führungsaufgabe – Signifikante Erhöhung des Frauenanteils in der Führungsausbildung (vgl. 2.05.06) – Weiterführung des Projekts "Schaffung zusätzlicher, qualifizierter Teilzeitstellen für beide Geschlechter"	Auf die Erstellung des Leitfadens musste aus Ressourcen-gründen verzichtet werden. Signifikante Erhöhung konnte erreicht werden. Erfahrungen wurden gesammelt, die in der laufenden Evaluation festgehalten werden.
Berücksichtigung der Perspektive der Frauen in Aus- und Weiterbildung	2.06.03 Unterstützung der geschlechtergerechten Bildung von MigrantInnen als Integrationsmassnahme	Eine Projekteingabe für ein Unterrichtsmittel für MigrantInnen mit kleinem "Bildungsrucksack" hatte Erfolg.
Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und Frauen	2.06.04 Begleitung und Umsetzung der Projekte im Rahmen von Impuls, 16+ sowie Lehrstellenbeschluss 2 (Lehrstellenförderung)	Aufgrund grossen Zuspruchs konnte das Freifachangebot "Mädchen werden Informatikerinnen" flächendeckend eingeführt werden. Grosse Resonanz hatte auch der schweizerische "Tochtertag".

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle	2.06.06 Erhebung des Bedarfs im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung bei den Kantonsangestellten Verabschiedung einer Landratsvorlage "Gesamtkonzept für die familienergänzende Kinderbetreuung" (vgl. 6.01.05) Umsetzung des Wirtschaftsimpulsprogramms "Familie und Beruf" (vgl. 3.03.04) 2.06.07 Sensibilisierungskampagne	Diese Aufgabe wird neu durch die Fachstelle für Familienfragen übernommen. Das Impulsprogramm "Familie und Beruf" konnte erfolgreich umgesetzt werden. Sensibilisierung für Vereinbarkeit von Familie und Beruf u.a. mit der gesamtschweizerische Kampagne "fair-play-at-home".
Signifikante Verbesserung der Situation von Opfern von Gewalt im häuslichen Bereich	2.06.08 Unterstützung der Interventionsstelle "Gegen häusliche Gewalt" (vgl. 5.01.28)	Die Interventionsstelle wurde bedarfsgerecht unterstützt und damit der Gleichstellungsansatz gesichert.
Verbesserung des Schutzes der sexuellen Integrität am Arbeitsplatz	2.06.11 Sensibilisierungskampagne (neu)	Neue Vertrauenspersonen konnten rekrutiert und geschult werden. Ein neuer Leitfaden zum Umgang mit sexueller Belästigung und einer juristischen Publikation wurden veröffentlicht.

Programmpunkt Nr. 2.07**Informatik***Übersicht*

Die Informatik wird zur Unterstützung der Verwaltungstätigkeit in der gesamten Kantonsverwaltung zweckmässig ausgebaut

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Laufende Anpassung des Dienstleistungsangebots des Amts für Informatik [AfI] an die Bedürfnisse der Verwaltung	2.07.02 Abschlüsse von Service Level Agreements in allen Bereichen (im Jahr 2001 noch nicht vollständig erfolgt). Ausdehnung der Service Level Agreements auf vernetzte Anwendungen aus den Bereichen Informatik und Telefonie (z.B. Call Center).	Sämtliche Service Level Agreements mit externen Kunden konnten abgeschlossen werden. Die Vereinbarung der internen Service Level Agreements wird soweit sinnvoll weitergeführt.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	2.07.03 Erweiterte Dienstleistungsangebote an Gemeinden und verwaltungsnahe Betriebe auch im Bereich der gemeinsamen Nutzung von Infrastruktur und Anlagen (Druck, Massenversand, gemeinsame Anschlüsse an Application Service Provider-Zentren, evtl. Serverfarm).	Im 2002 konnte mit 10 Gemeinden und der Gebäudeversicherung eine gemeinsame Nutzung von Infrastruktur und Anlagen vereinbart werden. Zudem wurde für die Gemeinden ein weiterer Service Provider aufgeschaltet.
	2.07.04 Realisierung des multimediatauglichen Kantonsnetzes mit Integration der Telefonie	Der Aufbau des multimediatauglichen Kantonsnetzes konnte plangemäss weitergeführt werden.
	Einführung von vernetzten Anwendungen aus den Bereichen Informatik und Telefonie (z.B. Call Center).	Zur besseren Bekanntmachung der Vorteile des Bereichs IP-Telefonie wurde eine Veranstaltung durchgeführt, welche auf grosses Interesse stiess. Das Call Center der Steuerverwaltung konnte ohne grosse Probleme betrieben werden.
	Ausbau der gesicherten Zugänge von mobilen Arbeitsplätzen an das Kantonsnetz	Die technischen Voraussetzungen für einen gesicherten Zugang über das Internet sind geschaffen.
	2.07.05 Erweiterung und Anpassung des Internetauftritts an die Erfordernisse des guichet virtuel des Bundes.	Die technischen und sicherheitsrelevanten Voraussetzungen für das Aufschalten von Applikationen auf dem Internet sind vollständig erfüllt werden.
	Einsatz von interaktiven Internetanwendungen für den Verkehr zwischen Verwaltung und Bevölkerung.	Vier Internetanwendungen sind erfolgreich in Betrieb genommen worden. (Kantonsbibliothek, Arbeitsbewilligungen, MFK Schilder und MFK Versicherungen).

Programmpunkt Nr. 2.08**Sozialhilfe***Übersicht*

Im Vordergrund steht die reibungslose Einführung des neuen Sozialhilfegesetzes. Hauptpunkt ist die Aus- und Fortbildung der Sozialhilfe-Behörden. Als weitere Grundlage, neben Gesetz und Verordnungen, wird dazu ein "Handbuch Sozialhilferecht" erarbeitet, welches auch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt wird. Für die neuen Aufgaben "Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen" und das Aufsichtswesen über die Obdachlosenheime werden neue Geschäftskreise eingeführt. In Koordination mit dem Bundesamt für Statistik soll das Konzept der bestehenden Sozialhilfestatistik den eidgenössischen Gegebenheiten angepasst und die Datenstrukturen verfeinert werden.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Neues Sozialhilfegesetz (SHG)	2.08.09 Neugestaltung eines Handbuches "Sozialhilferecht (neu) Basel-Landschaft"	Zwecks Optimierung der Abläufe hat eine Arbeitsgruppe das bestehende Handbuch überarbeitet. Auf dieser Grundlage wurde der Entwurf einer Verordnungsänderung erarbeitet und in die Vernehmlassung geschickt. Das Vernehmlassungsergebnis wird nun gemeinsam mit den involvierten Fachverbänden (KOSA) und Dachorganisationen (VBLG und VSO) analysiert.
	2.08.10 Praktische Umsetzung der neuen Komponenten (Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen, Aufsicht über Obdachlosenheime)	Diverse Schulungen, Vorträge und Besprechungen verhalfen der neuen Aufgabe "Eingliederung" zu einem guten Start. Eine interne Administration wurde eingerichtet. Die Zahl partizipierender Gemeinden steigt ständig, ist aber noch nicht optimal. Die Standards für die Heimaufsicht konnten direktionsübergreifend erarbeitet und koordiniert in Kraft gesetzt werden. Die Bewilligungsverfahren für die Heime sind abgeschlossen.
Verbesserte Transparenz für präventive Massnahmen im Sozialbereich	2.08.03 Längerfristiger Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem Bund, welcher derzeit eine schweizerische Sozialhilfestatistik aufbaut	Das Bundesamt für Statistik wird das Projekt substantiell überarbeiten müssen, nachdem sich bei der Realisierung auf Bundesebene Probleme ergeben hatten. Der Kanton BL ist seit längerer Zeit bereit.
	2.08.08 Neugestaltung der Sozialhilfestatistik. Auswertung und Publikation von statistischen Daten und Zahlen 2001 über die Entwicklung auf dem Gebiet der Sozialhilfe	Im Frühjahr wurde die Sozialhilfestatistik 2001 herausgegeben. Damit wurde erstmals eine Vergleichsanalyse zu den Zahlen des Vorjahres möglich.

Programmpunkt Nr. 2.09**Luftverkehr***Übersicht*

Die Entwicklung des Landesflughafens «EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg» soll entsprechend den Anforderungen des Wirtschaftsstandorts und Lebensraums Nordwestschweiz resp. Oberrhein gefördert werden.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Ausbau des Flughafens entsprechend den Anforderungen des Wirtschaftsstandorts	2.09.01 Umsetzung der vom Volk beschlossenen Mitfinanzierung des Ausbaus und Überprüfung der damit verbundenen Auflagen	Die beiden Kanton Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben eine zweite Tranche von 9 Millionen Franken ausbezahlt, nachdem die anteilmässige Erfüllung der Auflagen geprüft worden ist.
Unterstützung bei der Wahrnehmung und Umsetzung berechtigter Umweltanliegen (vgl. auch 4.01.xx und 4.01.xx)	2.09.02 Entsprechende Mitwirkung der Delegierten des Kantons Basel-Landschaft im Verwaltungsrat des Flughafens	Der EuroAirport hat im Jahr 2002 eine Reihe von wesentlichen Verbesserungen im Umweltbereich umgesetzt.

Programmpunkt Nr. 2.10**Gesetzgebung***Übersicht*

Die Gesetzgebung in den Bereichen «Kantonalbank», «Pensionskasse» und «Krankenkassen-Prämienverbilligung» ist den aktuellen Erfordernissen anzupassen.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Aktualisierung der Gesetzgebung betr. Kantonalbank	2.10.10 Einleitung der Revision des Kantonalbankgesetzes (neu)	Die Totalrevision des Kantonalbankgesetzes geht in die Vernehmlassung. Der Leistungsauftrag der Bank soll angepasst und für die Zukunft flexibel genug gefasst werden. Die Ausrichtung der Geschäftstätigkeit soll auf den Kanton und die Region beschränkt bleiben. Wesentliche weitere vorgeschlagene Revisionspunkte sind eine finanzielle Abgeltung der Staatsgarantie und Neuerungen beim Bankrat. Die Rechtsform der Bank soll unverändert bleiben.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Aktualisierung der Statuten der Basellandschaftlichen Pensionskasse	2.10.11 Abschluss der Statuten-Revision (neu)	Die Statuten-Revision konnte nicht wie vorgesehen abgeschlossen werden. Die Komplexität der Revision hat sich aufgrund der umfangreichen Vernehmlassungseingaben und der aktuellen Diskussion in der Öffentlichkeit weiter verstärkt. Die guten, aber auch stark divergierenden Stellungnahmen müssen eingehend analysiert und mit den Vernehmlassenden diskutiert werden. Nur damit kann ein befriedigender Konsens hergestellt werden. Aus der Verlängerung der Vernehmlassung ergeben sich keine Beteiligten wesentliche Nachteile. Die BLPK ist in der Lage mit den bisherigen Statuten ohne Probleme weiterarbeiten. Es ist vorgesehen, die Vorlage spätestens im 3. Quartal 2003 an den Landrat zu verabschieden.
Aktualisierung EG KVG	2.10.12 Anpassung des Bemessungsmodells an die einjährige (neu) Steuerveranlagung	Der Landrat hat die Anpassung am 6. Juni 2002 gutgeheissen (LRV 2002/027).
Revision des Gemeindegesetzes	2.10.13 Durchführung der Vernehmlassung (neu)	Die Vernehmlassung wurde per Ende 2002 abgeschlossen.

Programmpunkt Nr. 2.11**Wirkungsorientierte Verwaltungsführung***Übersicht*

Koordination der Verwaltungsreform (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung WoV)

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Schaffen der Grundlagen für die Umsetzung des Gesamtprojekts «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung»	2.11.02 Einführung und Umsetzung des Konzepts zur elektronischen Verwaltung der Leistungsaufträge gemäss den Notwendigkeiten in den Direktionen.	Die elektronische Verwaltung der Leistungsaufträge wurde gemäss Bedarf der jeweiligen Direktionen umgesetzt.
	2.11.05 Testen der Instrumente zur Wirkungsprüfung, allenfalls Einführung	Das Gesamtprojekt WoV wurde nach Vorliegen eines Strategieberichts neu gestartet. Ein Teilprojekt in der neuen Projektorganisation analysiert die Instrumente und deren Einsatzmöglichkeiten.

Programmpunkt Nr. 2.12**Subventionswesen***Übersicht*

Einführung und Anwendung einer dezentralen Datenbank für Subventionen

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Sicherstellung eines wirkungsorientierten Subventionswesens	2.12.03 Einrichten einer direktionsweise organisierten Datenbank für Subventionen und Beiträge und darauf aufgebaut, besseres Subventionscontrolling	Das Konzept für die Informatikunterstützung und die Anwendung der Datenbank wurde erarbeitet.